



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Einbindung der Kommunen und Regionen in das neue Beratungsgremium der EU-Kommission für das Freihandelsabkommen und in die „stakeholder briefings“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich im Bund und in Europa dafür einzusetzen, dass sowohl ein Vertreter des Ausschusses der Regionen als auch ein Vertreter des Rats der Gemeinden und Regionen Europas in das neue Beratungsgremium der EU-Kommission für das transatlantische Freihandelsabkommen aufgenommen werden;
2. sich in Europa dafür einzusetzen, dass neben den Nichtregierungsorganisationen auch Vertreter der bayerischen Kommunen und der Landesebene zu den „stakeholder briefings“ der EU-Kommission eingeladen werden.

Begründung:

Das neue Beratungsgremium der EU-Kommission beinhaltet nur Vertreter der Industrie, Verbraucherschützer, Gewerkschafter, Umwelt-NGO und Agrarexperten. Nicht vertreten sind die Interessenvertreter der Kommunen und Regionen, obwohl das transatlantische Freihandelsabkommen für diese beiden politischen Ebenen folgenreich sein kann.

Auch gilt es, die Mitsprache und Informationsgewinnung der bayerischen Kommunen und des Freistaats Bayern selbst durch Einladung zu den „stakeholder briefings“ zu verbessern.